

**Zeitschrift:** Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer  
**Herausgeber:** Auslandschweizer-Organisation  
**Band:** 36 (2009)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Politik: Bundesratswahl : Burkhalter folgt auf Couchepin  
**Autor:** Lenzin, René  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-910374>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 04.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

**Burkhalter folgt auf Couchepin.** Der Neuenburger Ständerat Didier Burkhalter tritt die Nachfolge von Bundesrat Pascal Couchepin an. Die Christlichdemokraten scheiterten mit ihrem Versuch, den zweiten Regierungssitz zu Lasten des Freisinns zurückzuerobern. Von René Lenzin



Didier Burkhalter, der neue FDP Bundesrat, wurde mit 129 Stimmen gewählt.

Die Bundesratswahl vom 16. September ist ganz nach dem Gusto der Freisinnig-Liberalen (FDP) abgelaufen. Ihre beiden Kandidaten, der Neuenburger Ständerat Didier Burkhalter und der Genfer Nationalrat Christian Lüscher, erhielten gemeinsam immer mehr Stimmen, als es das absolute Mehr erforderte. Nachdem sich Lüscher nach dem dritten Wahlgang und der etwas geringeren Stimmenzahl zurückgezogen hatte, schaffte Burkhalter die Wahl im vierten Durchgang mit einem komfortablen Vorsprung von 23 Stimmen auf den Herausforderer Urs Schwaller von den Christlichdemokraten (CVP).

Die Ausmarchung verlief letztlich weniger spektakulär, als sie sich angekündigt hatte. Während Burkhalter von der praktisch geschlossenen Unterstützung der Schweizerischen Volkspartei (SVP) profitieren konnte, gelang es Schwaller nicht, das sozialdemokratisch-grüne Lager vollständig hinter sich zu scharen. Einige Links-Grüne dürften Burkhalter gewählt haben, weil sie einen «echten» Romand dem Deutsch-Freiberger

Schwaller vorzogen; andere waren wohl der Ansicht, die FDP habe den Sitz aufgrund des etwas höheren Wähleranteils eher verdient als die CVP. Die FDP sprach denn auch von einem «Sieg der Konkordanz».

Allerdings hat der Begriff der Konkordanz seit Ende der Zauberformel an Schärfe verloren und wird von allen Parteien zu ihren Gunsten ausgelegt (siehe rechts). Rein rechnerisch hätten sowohl die Grünen als auch die SVP eher Anspruch auf den frei gewordenen Sitz gehabt als die FDP. Mit dem Verweis auf ihre Fraktionsstärke und ihrer Funktion als Scharnier zwischen den Polen versuchte die CVP, den 2003 verlorenen zweiten Bundesratsitz zurückzugewinnen.

#### Unspektakulärer Konsenspolitiker

Mit Didier Burkhalter dürften sich die politischen Gewichte in der Landesregierung kaum wesentlich verschieben. Der 49-jährige Volkswirtschaftler hat sich einen Namen als seriöser Schaffer gemacht, der die Suche nach konsensfähigen Lösungen dem Politicspektakel vorzieht. Mit 28 Jahren wurde

Burkhalter ins Parlament der Neuenburger Vorortsgemeinde Hauterive und bereits zwei Jahre später in die Stadtregierung von Neuenburg gewählt, der er bis 2005 angehörte. Von 1990 bis 2001 vertrat er seine Partei zudem im Kantonsparlament. 2003 wählten ihn die Neuenburgerinnen und Neuenburger in den National- und vier Jahre später in den Ständerat. Burkhalter ist verheiratet und Vater von drei Söhnen. Eher untypisch für einen Freisinnigen, hatte er vor dem Eintritt in die Landesregierung kein einziges Verwaltungsratsmandat inne.

Als Parlamentarier hatte sich Burkhalter vor allem mit institutionellen, sicherheitspolitischen und Bildungsfragen befasst. Nun übernimmt er von seinem Vorgänger Pascal Couchepin das Departement des Innern mit seinen ebenso zahlreichen wie komplexen Baustellen. Angesichts der stetig steigenden Krankenkassenprämien muss er sich primär um Reformen in der völlig blockierten Gesundheitspolitik bemühen. Fast ebenso schwierig wird es sein, mehrheitsfähige Vorschläge für notwendige Reformen der Altersvorsorge zu präsentieren. Und schliesslich ist auch eine seit Längerem anvisierte Neuorganisation der schweizerischen Hochschullandschaft noch kaum vom Fleck gekommen. Über mangelnde Arbeit wird sich Didier Burkhalter wahrlich nicht beklagen können.

#### STICHWORT KONKORDANZ

Im politischen System der Schweiz bedeutet Konkordanz, dass die wichtigsten Parteien in die Regierung eingebunden werden. Während 44 Jahren, von 1959 bis 2003, übersetzte sich dieses Prinzip in die so genannte Zauberformel: Die Freisinnigen (FDP), die Christlichdemokraten (CVP) und die Sozialdemokraten (SP) hatten je zwei Sitze im Bundesrat, die Schweizerische Volkspartei (SVP) einen. Mit dem für schweizerische Verhältnisse atemberaubenden Aufstieg der SVP ab Mitte der 1990er-Jahre geriet diese Formel ins Wanken, 2003 schliesslich eroberte die SVP einen zweiten Regierungssitz auf Kosten der CVP. Seither wird über den Begriff Konkordanz gestritten. Einer rein mathematischen Auslegung – entscheidend sind die Wähleranteile der Partei und/oder die Anzahl Mitglieder ihrer Fraktion – steht eine inhaltliche gegenüber, wonach zwischen den Bundesratsparteien ein minimaler Konsens über die wichtigsten politischen Ziele herrschen sollte.